

Medienmitteilung vom 6. September 2012

Der Kanton Bern reduziert das Angebot beim öffentlichen Verkehr - Steuersenkungsfundamentalismus verschlechtert Bahn- und Busangebot

Die Grünen kritisieren den vom Regierungsrat beschlossenen Abbau bei Bahn und Bus. Es ist nicht zu verantworten, wegen Steuersenkungen den öffentlichen Verkehr in diesem Ausmass zu verschlechtern. Um eine Fortsetzung dieser für den ganzen Kanton Bern schädlichen Politik zu verhindern, braucht es in der Abstimmung vom 23. September ein Ja zur Initiative „Faire Steuern – Für Familien“ und ein Nein zum Volksvorschlag bei den Motorfahrzeugsteuern. Zudem sind die überrissenen Investitionen in immer neue Strassenbauvorhaben zu beschränken.

Wovor die Grünen seit längerer Zeit warnen, ist nun eingetreten: Die durch verantwortungslose Steuersenkungen verursachte finanzielle Schieflage des Kantons zwingt den Regierungsrat dazu, das Angebot an Bahn- und Busverbindungen einzuschränken. Von dieser Massnahme sind vorerst 14 Bahn- und Buslinien betroffen.

Die Angebotsverschlechterung leistet der Attraktivität des Standorts Kanton Bern einen Bärendienst. Der vielfältige und flächenmässig weit verzweigte Kanton Bern ist auf eine gute Erschliessung mit dem öffentlichen Verkehr angewiesen; dies gilt nicht nur für die ländlichen, peripheren Regionen, sondern ebenso für die vom stetig wachsenden Agglomerationsverkehr betroffenen städtischen Zentren. Die nun beschlossenen Angebotsverschlechterungen verringern zudem die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs und erschweren das Umsteigen auf die umweltfreundliche Mobilität.

Der Abbau bei Bahn und Bus bringt eine Ersparnis von drei Millionen Franken. Mit den Abstimmungsvorlagen vom 23. September droht eine finanzielle Schlechterstellung des Kantons Bern von 120 Mio. Franken. Wenn schon nur ein Viertel davon mit zusätzlichen Einsparungen beim öffentlichen Verkehr kompensiert werden müsste, wäre ein zehnmal grösserer Abbau bei Bahn und Bus nötig! Aus diesem Grund setzen sich die Grünen vehement für ein Ja zur Initiative „Faire Steuern – Für Familien“ und für ein Nein zum schädlichen Volksvorschlag bei der Besteuerung der Strassenfahrzeuge ein. Nur so kann ein weiterer Abbau bei öffentlichem Verkehr, Bildung und Gesundheit verhindert werden.

Angesichts der heute präsentierten Abbaumassnahmen im öffentlichen Verkehr ist es dringend nötig, die Ausbauprojekte beim Strassenbau zu überprüfen und zu redimensionieren. Millioneninvestitionen in überrissene Strassenbauprojekte wie die Autobahnzubringer Emmental und Oberaargau sind in Anbetracht der heutigen Finanzlage nicht mehr zu verantworten – dies gilt umso mehr, als sich der Bund an der Finanzierung nicht beteiligen will.

Für weitere Auskünfte:

Blaise Kropf, Präsident Grüne Kanton Bern, Tel. 079 263 47 68